

Nord-Süd-, Süd-Süd- und Ost-Süd-Beziehungen im Zeichen der Entwicklungshilfe -, Blockfreien - und Abrüstungsproblematik

(China wiederholt seine prinzipiellen Positionen)

Oskar Weggel

Vorspann

Eine Reihe von Konferenzen hat den Vertretern der VR China Gelegenheit gegeben, den Standpunkt Beijings zu verschiedenen Grundfragen der Außenpolitik und des internationalen Beziehungsgefüges erneut zu verkünden.

Gliederung:

- I. Die Nord-Süd-Beziehungen und die Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung
 1. Die große Wende in der chinesischen Einstellung: Dialog statt Konfrontation
 2. Grundvorstellungen zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung
 3. Drei-Welten-Theorie und Vierte Welt
 4. Entwicklungspolitik im Zeichen der Energiekrise
 5. Entwicklungspolitik und Bevölkerungsexplosion
- II. Die Süd-Süd-Beziehungen im Zeichen gefährdeter Nichtpaktgebundenheit
- III. Die Ost-Süd-Beziehungen und das Abrüstungsproblem

I. Die Nord-Süd-Beziehungen und die Suche nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung

1. Die große Wende in der chinesischen Einstellung: Dialog statt Konfrontation

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung für eine neue Nord-Süd-Gipfelkonferenz hat Peking seine Vorstellungen über Entwicklungspolitik und weltweite Zusammenarbeit erneut präzisiert.

Unmittelbaren Anlaß dazu gab die Außenminister-Vorbereitungskonferenz Anfang August im mexikanischen Cancun, ferner eine UNO-Konferenz über Energiefragen Mitte August in Nairobi und eine Tagung über Landwirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer in Pyongyang Anfang September 1981.

War China noch während der Kulturrevolution für einen Kampf der Weltdörfer gegen die Weltstädte eingetreten - für einen Konfrontationskurs zwischen Nord und Süd also -, so gehört es heute zu den Befürwortern des Nord-Süd-Dialogs, vor allem einer Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Zweiten Welt und einer Reihe von AKP-Staaten, wie sie u.a. 1975 im Vertrag von Lomé Gestalt annahm, der den AKP-Ländern praktisch freier Zugang zum europäischen Markt gewährt, während die EG-Staaten ihrerseits auf eine solche Gegenseitigkeit verzichteten, also praktisch eine einseitige Freihandelszone zugestanden. Dieser Lomé-Vertrag wurde von China zu einem Modellfall der Nord-Süd-Beziehungen erklärt - ja zu einem anti-hegemonistischen Modellbündnis hochgelobt.

Dialog statt Konfrontation zwischen Nord und Süd lautet heute die Pekinger Devise. Demzufolge beteiligte sich der chinesische Außenminister auch an dem Außenminister-Vorbereitungstreffen am 2. August in Cancun, an dem die Außenminister aus 23 Staaten teilnahmen und das der Vorbereitung einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz dienen soll. China nahm an diesem Treffen um so engagierter teil, als die Sowjetunion vorher ihre Teilnahme abgesagt hatte. Nicht zuletzt auf das chinesische Betreiben war es auch zurückzuführen, daß Kubas Bitte, an der Konferenz teilnehmen zu dürfen, abgeschlagen wurde.

Die internationale Nord-Süd-Konferenz war von Mexiko und Österreich vorgeschlagen worden. Bereits im November 1980 hielten 11 Außenminister die erste und dann, im März 1981, die zweite Konferenz in Wien ab. Dabei war beschlossen worden, am 22. und 23. Oktober 1981 in Cancun (Mexiko) eine Nord-Süd-Gipfelkonferenz einzuberufen, deren Ziel es sein soll, Bedingungen für globale und im Rahmen der UNO stehende Verhandlungen zu schaffen, die die Beseitigung der wirtschaftlichen Differenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bezweckten. Nicht über konkrete Lösungsmethoden solle verhandelt werden, sondern es solle Gelegenheit bestehen, Ansichten über die Modalitäten der Nord-Süd-Zusammenarbeit auszutauschen.

2. Grundvorstellungen zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung

China spricht sich seit Mitte der 70er Jahre für eine neue Weltwirtschaftsordnung aus. Noch immer dienen ja die meisten Länder der Dritten Welt als Rohstofflieferanten für die Industrienationen und als Abnehmer industrieller Fertigprodukte, wobei die Schwankung der Rohstoff- und der Industriewarenpreise neue Abhängigkeiten schafft. Zur Lösung dieser problematischen Nord-Süd-Probleme schlägt China seit Jahren Methoden vor, die z.T. ohne größere Schwierigkeiten für die Staaten der drei großen Industrieregionen (Nordamerika, Europa und Japan) akzeptabel sind, so z.B. die Verbesserung des Technologietransfers, höhere Entwicklungshilfeleistungen, Öffnung der westlichen Märkte für Drittländer und dergleichen.

Andererseits verlangt China die Indexbindung der Rohstoffpreise an die Exportpreise der hochentwickelten Länder, mit anderen Worten also administrierte Preise, die notfalls auch erheblich von den potentiellen Marktpreisen abweichen. Weiterhin fordert China traditionell die Demokratisierung der internationalen Finanzorgane, also eine Beteiligung möglichst aller 150 Länder der UNO an den globalen Entscheidungen. Letztlich liefe eine solche Demokratisierung auf die Politisierung der einzelnen Preisfestsetzungen hinaus. Richtig wären am Ende jene Preise, die 95% der Völker für richtig halten. Schließlich befürwortet China seit langem Erzeu-

gerkartelle, die ihre Rohstoffe nach dem Vorbild der OPEC notfalls als Waffe einsetzen.

Fornell "eingestiegen" in die Diskussion ist China bei der UNO-Sondertagung zu Rohstoff- und Entwicklungsfragen im Jahre 1974. Es ist daran zu erinnern, daß Deng Xiaoping, der an dieser Tagung damals persönlich teilnahm, in diesem Zusammenhang die chinesische Drei-Welten-Theorie verkündigte (1). Damals auch hielten Deng Xiaoping und Huang Kua Reden, deren Kernpunkte bis heute weitergelten (2). In den Reden wurden die Gründe der Armut in der Dritten Welt analysiert und Möglichkeiten der Lösung angedeutet: Die eigentliche Ursache für Rückständigkeit und Armut der Entwicklungsländer liege in der Unterdrückung und Ausplünderung durch Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, wobei die beiden Supermächte eine besonders verheerende Rolle spielten. Ihre "Hilfe" sei nichts anderes als ein permanenter Einnischungsversuch. Außerdem beuteten die reichen Länder die billigen Arbeitskräfte und die Ressourcen der Dritten Welt aus und zwängen ihnen eine unausgewogene monokulturell geprägte Wirtschaft auf. Vor allem die supranationalen Gesellschaften spielten hierbei eine besonders verheerende Rolle. Besonders heimtückisch gehe die Sowjetunion vor, die sich aber auch gern hinter dem breiten Rücken der USA versteckten. Sie rechtfertigten ihre Intervention mit Hilfe von "Wirtschaftshilfe", vor allem durch drei "Theorien", nämlich die "Theorie der internationalen Arbeitsteilung" (Fertigprodukte gegen Rohstoffe), durch die "Theorie der begrenzten Souveränität hinsichtlich der Ressourcen" und durch die "Theorie des internationalen Eigentums" (3).

Eine Lösung sei auf dreifachem Wege anzustreben, nämlich zunächst durch Erringung der politischen Unabhängigkeit, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit (Stehen auf eigenen Beinen) zu folgen habe. Schließlich müsse sich jedes einzelne Entwicklungsland mit anderen Entwicklungsländern zum Kampf gegen den Imperialismus zusammenschließen. Förderer dieser Kampffsolidarität ist in erster Linie China, das nicht nur ein sozialistisches Land, sondern zugleich auch ein Entwicklungsland sei und damit zur Dritten Welt gehöre. Eine der wichtigsten Formen der Kampfgemeinschaft sei der gemeinsame Beschluß der Drittländer über die "Deklaration zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" sowie das "Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung", beides bei der damaligen Sonderkonferenz verabschiedet (4).

Im Jahre 1981 hat sich zwar die scharfe Tonart des Jahres 1974 etwas gemildert - in der Sache selbst dagegen ist alles offensichtlich beim alten geblieben: suaviter in modo, fortiter in re!

China gesteht den westlichen Ländern zwar zu, daß sie durch die wirtschaftliche Rezession, durch Inflation und Energiekrise selbst in Schwierigkeiten gekommen seien und daß ihnen Hilfe heute nicht mehr so leicht falle. Gleichwohl sei die Nordsüd-Frage ein Problembündel, das niemand ungestraft einfach liegenlassen dürfe. Beide Seiten - Nord und Süd - ständen zueinander in Widerspruch, gleichzeitig aber auch in Abhängigkeit voneinander. Diese Dialektik gelte es zu begreifen und praktisch anzugehen. Auch die sieben führenden westlichen Industriestaaten, die Mitte 1981 ihre Ottawa-Gipfelkonferenz abgehalten haben, hätten hier Einsicht gezeigt.

China vergißt in diesem Zusammenhang freilich nicht darauf hinzuweisen, daß der Kampf für die Neuordnung der Weltwirtschaft mit dem politischen Kampf gegen den Hegemonismus un-

trennbar verbunden sei. Wirtschaftliche Entwicklung bedarf einer friedlichen Umgebung. Der Hegemonismus jedoch bedrohe den Weltfrieden. Ohne antihegemonistischen Kampf könne weder der Weltfrieden durchgesetzt noch eine neue Weltwirtschaftsordnung realisiert werden (5).

zeigt.

Huang Hua betonte bei der Vorbereitungskonferenz in Cancun am 1. August, daß die Länder der Dritten Welt vor folgenden Hauptaufgaben stünden: Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft, Verringerung und Eliminierung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit und Reformierung der aus der Zeit vor der Unabhängigkeit stammenden Wirtschaftsstruktur. International komme es darauf an, die alte Wirtschaftsordnung, die ungerecht und ungleich sei, durch eine neue Wirtschaftsordnung zu ersetzen, die durch das Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils bestimmt sein müsse. Gleichberechtigung aber heiße zugleich Mitsprache- und Entscheidungsrecht der Entwicklungsländer. In der "Deklaration" von 1974 werden dazu unter §4 nicht weniger als neunzehn Einzelpunkte aufgezählt, die hier nur durch die Stichworte Gleichheit, umfassende Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten der internationalen Gemeinschaft, Mitbestimmungsrecht aller Länder, Souveränität jedes Landes über seine Naturressourcen, strengere Kontrolle der multinationalen Gesellschaften, faire Preise, handfestere Hilfeleistungen, gerechteres Währungssystem, verbesserte Konkurrenzfähigkeit etc. gekennzeichnet werden können. China besteht auch heute noch auf diesen Vorstellungen und ist darüber hinaus, wie bereits betont, nach wie vor der Meinung, daß es sich bei der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung nicht nur um rein wirtschaftliche Fragen, sondern um eine Gesamtproblematik handle, die auch politisch und strategisch relevant sei, so daß die Frage des Antihegemonismus nicht ausgeklammert werden könne (6).

Die Sowjetunion, die bei der Wiener Vorkonferenz als eines von 21 Ländern für die Gipfelkonferenz im Oktober eingeladen worden war (darunter acht Industriestaaten und 12 Entwicklungsländer: je vier aus Lateinamerika, Afrika und Asien sowie Jugoslawien) winkte, wie bereits erwähnt, ab. Ihre offizielle Begründung lautete, daß es hier um Problemen gehe, die durch den westlichen Kolonialismus verursacht worden seien, mit denen Moskau aber nichts zu schaffen habe. Vielleicht wollte man sich aber auch die zu erwartenden Auseinandersetzungen mit China ersparen.

Bei der Gipfelkonferenz in Cancun sind vier Bereiche ins Auge gefaßt, nämlich Ernährung und Landwirtschaft, Handel und Rohstoffe, Energieprobleme sowie Finanzen und Weltwährungsordnung.

3. Drei-Welten-Theorie und Vierte Welt

Besonders zu interessieren scheint sich Peking gegenwärtig für die Probleme der "Vierten Welt", also der allerärmsten Entwicklungsländer. Freilich hat es sich bisher nicht dazu durchringen können, für die Staaten dieser Kategorie einen eigenen Ausdruck zu prägen. Vielmehr bleibt die chinesische Außenpolitik nach wie vor bei ihrer 1974 erstmals verkündeten Drei-Welten-Theorie, deren dreiteiliges Schema nach wie vor verbindlich ist, obwohl die USA in der Zwischenzeit offensichtlich nicht mehr zur Ersten Welt gerechnet werden.

Anlaß, sich zu diesem Themenkomplex zu äußern, gab die Anfang September 1981 in Paris stattfindende UNO-Konferenz über Probleme der allerärmsten Länder. Die Kategorie der

"allerunterentwickeltesten Länder" entstand Anfang der sechziger Jahre. Bereits 1964 forderte die UNCTAD Sondermaßnahmen für Staaten dieser Art. Im November 1971 nannte die UNO-Vollversammlung 25 dieser Entwicklungsländer beim Namen, wobei folgende Kriterien zugrunde gelegt waren:

- das BSP pro Kopf der Bevölkerung liegt bei weniger als 100 US\$
- der Anteil der produzierenden Industrie macht weniger als 10% des BSP aus
- die Analphabetenrate liegt über 80% der Gesamtbevölkerung des Landes.

Inzwischen gehören 31 Länder zu dieser Gruppe der "Vierten Welt", nämlich neun asiatische und pazifische Staaten (Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, VR Jemen, Laos, Malediven, Nepal, Jemenitische Arabische Republik, Westsamoa), 21 afrikanische Länder (Benin, Botswana, Burundi, Capverde, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, Äthiopien, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Lesotho, Malawi, Mali, Niger, Ruanda, Somalia, Sudan, Uganda, Tansania und Obervolta) sowie ein lateinamerikanisches Land (Haiti).

Insgesamt leben in diesen 31 Ländern 270 Mio. Menschen, d.h. also 7,5% der Weltbevölkerung, von denen 22% in der Landwirtschaft beschäftigt sind. In den 20 Jahren zwischen 1960 und 1979 ist das BSP pro Kopf nur um 0,5% jährlich gestiegen und lag 1978 bei 201 US\$ (wie man sieht, sind die Kriterien gegenüber 1971 inzwischen etwas gelockert worden). Ein Vergleich macht den Rückstand dieser Länder deutlich: In den entwickelten Ländern liegt das BSP pro Kopf bei 7.922 US\$, also beim 39fachen!. In den genannten 31 Ländern treffen auf 100.000 Menschen nur 5,9 Ärzte (entwickelte Länder: 159 Ärzte, also das 27fache). Nur 12% der schulpflichtigen Kinder besuchen die Mittelschule (entwickelte Länder: 86%).

Sechs Probleme wirtschaftlicher Art lasten besonders schwer auf diesen Ländern der Vierten Welt (7), nämlich unzureichende Landwirtschaftsproduktion, praktisch fehlende Industrie, riesige Auslandsdefizite (allein 1977 nicht weniger als 38,8 Mrd.US\$), internationale Benachteiligung durch Verschlechterung der Handelsbeziehungen sowie der Verhältnisse (der Exportwert pro Kopf von ging von 26 US\$ i.J. 1970 auf 15,9 US\$ i.J. 1979 zurück), Mangel an Fonds und Gutachterfähigkeit, Verwaltungs- und Infrastrukturschwächen.

Am 3.Juni 1979 verabschiedete die UNCTAD-Konferenz auf ihrer Tagung in Manila ein "Allseitiges Aktionsprogramm zugunsten der am meisten unterentwickelten Länder". Im Dezember desselben Jahres nahm die 35.UNO-Vollversammlung eine Resolution zur Unterstützung dieses Programms an und beschloß, im September 1981 in Paris eine Konferenz über die Probleme der Vierten Welt abzuhalten. Zur Vorbereitung dieser Konferenz hatte die UNCTAD inzwischen, nämlich im April und Juni 1981 vier regionale Tagungen der asiatisch-pazifischen, der ostafrikanischen, der zentral-, west- und südafrikanischen und der lateinamerikanischen Länder einberufen, um die Entwicklungsprogramme der am meisten unterentwickelten Länder für die achtziger Jahre überprüfen zu lassen. Vom 29.Juni bis zum 10.Juli 1981 fand die dritte Vorbereitungskonferenz in Genf statt. Das Gelingen der Pariser Konferenz vom September 1981 wird nach chinesischer Auffassung in hohem Maße von der Haltung der entwickelten Industriestaaten abhängen. Allerdings müßten die Länder der Vierten Welt sich vor allem auf die eigenen Kräfte verlassen (8).

Auch China selbst ist prinzipiell bereit, nach wie vor Entwicklungshilfe zu leisten. Peking weist darauf hin, daß die Volksrepublik nicht nur die Tansania-Sambia-Eisenbahn gebaut habe, sondern daß es auch beim Bau von Autostraßen, Wasserversorgungsprojekten, Textilfabriken und Sportstadien geholfen und andere Länder mit Reis-, Tee- und Tabakanbaumethoden vertraut gemacht sowie Medizinerteams zu Hilfszwecken entsandt habe. Freilich habe die chinesische Volkswirtschaft durch die chaotischen 10 Jahre der Kulturrevolution (1966-1976) selbst großen Schaden erlitten, so daß die Hilfsleistungen für die Länder der Dritten Welt im Vergleich zur Vergangenheit eine Zeitlang eingeschränkt werden müssen. Der Wille sei da, nur die Kräfte reichten einstweilen nicht. Nach wie vor aber gelten die acht Prinzipien der chinesischen Auslandshilfe, wie sie Zhou Enlai bei seiner Afrika-reise im Jahre 1964 verkündigt hat. Danach ist es u.a. Zweck der Hilfe, die Empfängerländer zu befähigen, schrittweise den Weg des Selbstvertrauens und der wirtschaftlichen Autarkie zu beschreiten. Ferner würden an chinesische Hilfeleistungen keine Bedingungen geknüpft und chinesische Entwicklungshelfer dürften keinen höheren Lebensstandard beanspruchen als Experten anderer Länder (9).

China erklärt sich neuerdings auch dazu bereit, mit Ländern der Dritten Welt Joint Ventures zu gründen, wobei die Volksrepublik die Maschinerie und die erforderliche Technologie zur Verfügung stellen könne. In waldreichen Ländern seien etwa Holz- und Papierfabriken unter gemeinsamer Leitung denkbar. China verstehe sich u.a. auf Schnitzkunst oder die Herstellung von Bambus- und Rotangartikeln, so daß hier eine Kooperation denkbar wäre (10). Auch auf dem landwirtschaftlichen Symposium der Entwicklungsländer in Pjongjang, das sechs Tage dauerte und am 31.August zu Ende ging, bot China den Teilnehmern aus 81 blockfreien und Entwicklungs-Staaten seine Mithilfe an. Bei dieser Tagung wurde eine 3-Punkte-Agenda verabschiedet, nämlich der Austausch von Erfahrungen über die Mehrproduktion von Nahrungsmitteln, ferner die Zusammenarbeit auf landwirtschaftlichem Gebiet und die Verbesserung des internationalen Handels mit Nahrungsmitteln (11). Auch bei dieser Konferenz betonte der chinesische Vertreter, daß die Nahrungsmittelautarkie der Schlüssel zur Lösung der Ernährungsprobleme sei (12) und daß jede Hilfe von außen nur Ergänzungscharakter trage.

4. Entwicklungspolitik im Zeichen der Energiekrise

Was die Möglichkeiten einer Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen anbelangt, so zeigt sich China höchst skeptisch. Weder die Nord-Süd-Beziehungen noch die Ost-Süd-Beziehungen könnten schnell verbessert werden, da es nicht nur am guten Willen mangle, sondern da es mit den Wirtschaften der dort führenden Ländern in den letzten Jahren abwärts gegangen sei. Seit der Wirtschaftskrise 1973/74 beherrschten wirtschaftliche Stagnation und geringes Wachstum, Inflations- und Preisschübe, wachsende Arbeitslosigkeit und geringere Nachfrage nach Waren die Szenerie der westlichen Volkswirtschaften. Ein Rückgang der Investitionen, eine Verlangsamung der Wachstumsrate, Preisauftrieb und Inflation - also "Stagflation" - seien die Folge. Die Krisen der westlichen Welt stehen heute nicht mehr vereinzelt da, sondern treten gleichzeitig auf und durchdringen einander. Dies wird besonders deutlich bei der Vermengung von Überproduktionskrise mit Strukturkrisen (in den Bereichen der Energie, Industrie und Währung) sowie der ökologischen Krisen.

Auch um die sowjetische Wirtschaftslage sei es schlecht bestellt: sowohl Moskau als auch die osteuropäischen Länder

haben in den letzten Jahren bereits ihre Planziffern herabsetzen müssen. Die Wachstumsrate der Sowjetunion liegt in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nur noch bei 4% (1961-73: 6,7%). Gleichzeitig wächst in der Sowjetunion und in Osteuropa die Inflation und der Schuldenberg gegenüber dem Westen (Gesamtsumme i.J. 1980: 60 Mrd.US\$).

Gegenüber dem bei der UNO-Rohstoffsonderkonferenz im Jahre 1974 bezogenen harten ideologischen Standpunkten hat es inzwischen allerdings einige Aufweichungen gegeben. Es sind nicht mehr "Imperialismus" und "Hegemonismus", die als Gründe für die Armut in der Dritten Welt angeführt werden, sondern neuerdings auch die Ölpreiserhöhungen. Die Welt stehe z.Zt. unter einem zweiten Ölshock und werde möglicherweise bald mit einem ähnlichen dritten Schock konfrontiert. 1979 war der durchschnittliche Ölpreis 46% höher als 1978 und 1980 war er gegenüber 1979 sogar um 55% gestiegen. Dadurch entstünden immer größere Zahlungsbilanzdefizite. Die Instabilität der Ölpreise und Ölversorgung bleibe das "Hauptproblem" (sic!) in den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen (13). Bei der UNO-Konferenz über Energieressourcen im August 1981 in Nairobi, an der 4000 Vertreter und Beobachter aus über 150 UNO-Mitgliedstaaten teilnahmen, geißelte der chinesische Vertreter gleichwohl nicht die OPEC-Staaten, sondern vielmehr wiederum - nach altbewährtem Schema - die Industrieländer. Obwohl deren Bevölkerung weniger als ein Viertel der Weltbevölkerung ausmache, konsumiere sie doch über drei Viertel des Gesamtverbrauchs der Weltenergie, während die Entwicklungsländer mit über zwei Dritteln der Weltbevölkerung nur etwa auf ein Fünftel kämen. Dies sei höchst ungerecht. Die Energiefrage sei ein globales Problem, das kein Land allein regeln könne. Vielmehr bedürfe es gemeinsamer Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft. Man müsse von der gegenwärtigen übermäßigen Abhängigkeit von Mineralbrennstoffen abgehen und zu einer diversifizierten Energiestruktur Zuflucht nehmen, die von der rationellen Ausnutzung vorhandener Energieressourcen ausgeht. Hierbei sei ein umfassender Erfahrungs- und Technologieausschuß sowie regionale Kooperationsvereinigungen von Nutzen. Aufgabe der entwickelten Länder sei es, den Entwicklungsländern bei der Erforschung, Erschließung und Ausnutzung neuer und erneuerbarer Energieressourcen zu helfen.

Soweit es auf China ankomme, stelle dieses seine Erfahrungen gerne aller Welt zur Verfügung. In China lege man den Schwerpunkt auf die Anpflanzung von Brennholz liefernden Bäumen, auf die Biogasproduktion, auf die Nutzung von Öfen, die wenig Brennholz und Kohle verbrauchen, auf die Ausnutzung von Solarenergie (14).

1979 verbrauchten die 800 Millionen chinesischen Bauern jährlich 350 Mio. Steinkohleeinheiten, davon allein 290 Mio. Tonnen für Hausbrand. Für die häusliche Feuerung werden allerdings hauptsächlich pflanzliche Stoffe herangezogen, deren Energie aber nur zu rund 10% genutzt wird. Hinzu kommen weitere 70 Mio. cbm Holz. Zur Zeit arbeitet China an der Entwicklung neuer Energieressourcen, wie Biogas, Sonnenenergie, Wind- und Wasserkraft, Erdwärme und an der Mehrzwecknutzung von Ölschiefer und Torf. Hierbei verfolgt die Regierung eine Politik der "diversifizierten Energieressourcen" und der "effektiven Mehrzwecknutzung".

Schwerpunkte der Energiepolitik in den nächsten Jahren sind:

- die Anlegung von mehr Brennholzwäldern, vor allem im Norden, Nordosten und Nordwesten, wo angeblich noch 70 Mio. ha Boden brachliegen

- die Popularisierung der Sumpfgasgewinnung. Bisher sind in den Dörfern rund 7 Mio. Sumpfgasanlagen installiert worden. Diese Zahlen sollen in den nächsten Jahren auf 20 Mio. steigen. Ein Zehntel der Bauernhaushalte könnte damit eingedeckt werden. China könnte wahrscheinlich bei Nutzung aller Potentiale jährlich rund 65 Mrd. cbm Biogas erzeugen - eine Menge, die immerhin für den Koch- und Beleuchtungsbedarf ausreicht
- schließlich soll das Wasserkraftpotential und die Entwicklung kleiner Wasserkraftstationen stärker gefördert werden. Bis Ende 1980 wurden in ganz China beinahe 90.000 kleine Wasserkraftstationen mit einer Gesamtkapazität von 7 Mio. kw gebaut.
- die Erschließung anderer Energieressourcen, wie Sonnenenergie, Windkraft und Erdwärme befindet sich z.Zt. noch im Versuchsstadium (15).

Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt die Tagung in Nairobi für so wichtig, daß er ein eigenes Grußtelegramm entsandte (16). Vor allem die Länder der Dritten Welt werden darauf hingewiesen, daß die Erdölquellen eines Tages versiegen werden und daß deshalb gerade für Entwicklungsstaaten die Entwicklung neuer Energiearten besondere Priorität besitze.

5. Entwicklungspolitik und Bevölkerungsexplosion

Nicht nur die Ölpolitik, sondern auch das Bevölkerungswachstum wird als eine der Gefahren für die Länder der Dritten und Vierten Welt angesehen. Mitte Juni fand in Peking das zweite Treffen asiatischer Parlamentarier über Bevölkerungsfragen statt, an dem Vertreter aus Indien, Japan, Malaysia und Sri Lanka teilnahmen (17). Nach Einschätzung der Konferenz wird das übermäßige Bevölkerungswachstum erst in 130 Jahren - von jetzt an gerechnet - zum Stillstand kommen. Bis dahin freilich wird die Weltbevölkerung auf über 10 Mrd. Menschen angewachsen sein, also auf zweieinhalb mal soviel als gegenwärtig leben. Die 10 Mrd.-Zahl ist freilich kein bloßes Naturereignis, das einfach hingenommen werden müßte. Sollten nämlich die gegenwärtig eingeleiteten Bevölkerungsplanungsmaßnahmen greifen, würde der Zuwachs möglicherweise bei 8 Mrd. stehenbleiben, sollten sie andrerseits fehlschlagen, so wäre schlimmstenfalls eine Lawine von 14,2 Mrd. Menschen zu befürchten. Der erste Kontinent, der das Nullwachstum erreichen wird, ist Europa, das sich bis in 50 Jahren lediglich um nochmals 50 Mio. Menschen vermehrt haben wird. Sodann folgt Nordamerika mit einer Endbevölkerung von 320 Mio. und die Sowjetunion mit 380 Mio. Südasien andrerseits wird seine gegenwärtige Bevölkerung, die sich immerhin schon auf 1,4 Mrd. Menschen beläuft, wahrscheinlich noch verdreifachen und gegen Ende des 21. Jahrhunderts 4,1 Mrd. Einwohner erreicht haben. In Ostasien wird die dramatische Abbremsungsaktion der chinesischen Geburtenrate dazu führen, daß die Gesamtbevölkerung sich im Jahre 2090 nur noch um 500 Mio. Menschen vermehrt haben wird. Lateinamerika wird demgegenüber eine Verdreifachung seiner gegenwärtig auf 400 Mio. Menschen sich belaufenden Bevölkerung erleben. In Afrika wird sich die Bevölkerung vervierfachen, ehe sie sich endgültig stabilisiert.

Alles in allem werden 9,1 Mrd. der insgesamt vorausgesagten 10,5 Mrd. Menschen in Ländern leben, die heute zu den Entwicklungsländern gehören. Die ärmsten Regionen der Welt - Afrika und Südasien - werden dann mehr als 60% der Weltbevölkerung stellen.

In der gleichen Zeit wird der Bevölkerungsanteil der industrialisierten Welt von gegenwärtig 24% auf 13% zurück-

gehen (18).

Die Konsequenzen, die für die Bevölkerungspolitik der Dritten Welt aus dieser Analyse zu ziehen sind, liegen auf der Hand. China kann hier zu Recht auf seine eigenen Bevölkerungsplanung verweisen, die, trotz mancher Fehlschläge auf dem flachen Land, in den nächsten Jahren zu einem Modell für die Länder der Dritten Welt werden könnte.

II. Die Süd-Süd-Beziehungen im Zeichen gefährdeter Nichtpaktgebundenheit

China mißt der Bewegung der Blockfreien hohe Bedeutung bei - zu Recht: Als sie in Belgrad 1961 begann, gehörten ihr nur 25 Mitglieder an. Heute ist sie auf 95 angewachsen, umfaßt also nicht weniger als zwei Drittel aller Länder der Welt. Oberdies vertreten die Bündnisfreien zukunftssträchtige Forderungen, wie z.B. den Aufbau einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie die Unabhängigkeit gegenüber Supermächten und Blöcken, die langfristig die Eigenständigkeit gefährden könnten (19).

Um eine dritte Komponente allerdings, nämlich die Zusammenarbeit untereinander, ist es, wie u.a. die Chinesen betonen (20), seit Jahren schlecht bestellt.

- Seit der 4. Blockfreien Konferenz im September 1973 versuche beispielsweise Kuba, die Stoßrichtung der Bündnisfreien lediglich auf einen Imperialismus, nämlich den der USA, zu lenken und gleichzeitig den "Sozialimperialismus" zu verniedlichen. Kuba habe diese Bemühungen verstärkt, seit es in der Bewegung im September 1979 (Blockfreien-Konferenz in Havanna) den Vorsitz übernahm. Es verfechte nun verstärkt die "Theorie des natürlichen Verbündeten" und meine damit die Sowjetunion.

- Ferner habe die Afghanistan-Krise, Kambodscha und der iranisch-irakische Krieg Verwirrung unter den Blockfreien gestiftet. Die beiden Gegner Iran und Irak gehören ja ebenso zu den "Bündnisfreien" wie das von der Sowjetunion besetzte Afghanistan und das von Vietnam - einem weiteren Blockfreien-Mitglied - beherrschte Kambodscha. Kein Wunder, daß bei der Konferenz der Außenminister der Blockfreien Länder vom 9.-13. Februar in Neu Delhi, an der Vertreter aus über 90 Ländern und Organisationen teilnahmen, eine Einigung über die Afghanistan- und Kambodscha-Frage nur schwer zu erreichen war. Immerhin kam am Schluß dieser Konferenz die klare Forderung nach Abzug aller fremden Truppen und Kräfte aus Afghanistan und Kambodscha heraus - und dies trotz des Widerstands der "Agenten der Sowjetunion", Kuba und Vietnam (21).

- Außerdem gibt es zwischen den Ländern, deren ideologisches Spektrum vom anti-kommunistischen Pakistan bis hin zum kommunistischen Vietnam reicht, ideologische Differenzen, die nicht leicht auszubügeln sind. Immerhin finden die Länder wenigstens dort zur Einigkeit, sowie es um typische Nord-Süd-Probleme geht, also um Fragen des Welthandels, um die Forderung nach höherer Entwicklungshilfe, um die Beteiligung der Entwicklungsländer an den internationalen Finanzinstituten und dergleichen. Nord-Süd-Probleme also finden weitgehend Übereinstimmung, ja Einstimmigkeit, während Süd-Süd-Probleme umgekehrt die Einigkeit wieder verschwinden lassen.

Wo liegt hier der kleinste gemeinsame Nenner? China plädiert

dafür, daß die Nichtpaktgebundenen wenigstens so weit wieder eingewickelt werden, daß sie sich an ihre alten Grundprinzipien erinnern, nämlich an Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Blockfreiheit. Das "Nichtblockprinzip" sei die "Seele" der Blockfreien-Bewegung und gleichzeitig die "Quelle ihrer Kraft". Wann immer die Mitglieder der Bewegung sich an dieses Prinzip gehalten hätten, habe ihre Bewegung an Stärke gewonnen. Umgekehrt habe jede Schwächung dieses Prinzips auch zur Schwächung und Aufspaltung der Bewegung geführt (22). Dies sollten die Blockfreien beherzigen, wann immer sie unter dem Einfluß Kubas und Vietnams der Gefahr der Einäugigkeit verfielen und die Sowjetunion als "natürlichen Verbündeten" betrachteten (23).

Moskau ist eine Antwort auf die chinesischen Angriffe nicht schuldig geblieben: Peking versuche ja gleichfalls, sich als "Freund", ja als "Wohltäter" der Blockfreien hinzustellen. Dürfe man jedoch vergessen, daß Peking gleichzeitig den Kampf gegen die Nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika (nämlich gegen Angola und gegen die Aufständischen der Zaire-Provinz Saba) betrieben habe, daß es die reaktionärsten Regimes aller Kontinente unterstütze (Pinochet in Chile, Somoza in Nicaragua und das Sultanat in Oman), daß es die progressiven und Entwicklungsländer gegeneinander aufhetze (Äthiopien und Somalia, Vietnam und Kambodscha), daß es die verräterische Politik Ägyptens unterstütze und in einer Reihe asiatischer Länder Subversion betreibe (z.B. in Indien und Afghanistan) und gleichzeitig Teile der chinesischen Bevölkerung in Süd-Ostasien für seine Zwecke "wühlen" lasse? Die Peking Führung habe sich heute mit den Kräften des Neokolonialismus eingelassen - ein Kurs, den die Blockfreien beherzigen sollten (24).

III. Die "Ost-Süd-Beziehungen" und das Abrüstungsproblem

China beteiligt sich regelmäßig an den Abrüstungskonferenzen der UNO. So vor allem an den seit 1979 laufenden Sitzungen des UNO-Abrüstungsausschusses, die auch 1981 weitergingen. Es neigt neuerdings dazu, Abrüstungspolitik zunehmend ins Fadenkreuz der Ost-Süd-Beziehungen einzuordnen.

Die wichtigsten Elemente, die der chinesische Vertreter bei jeder dieser Tagungen einzubringen pflegt, sind folgende:

- Gleichwertigkeit von nuklearen und konventionellen Waffen.

Die konventionelle Abrüstung muß deshalb auch mit der nuklearen Abrüstung auf eine Stufe gestellt und mit dieser verbunden werden.

- Vorleistungen der Supermächte.

Die von den beiden Supermächten verlangte "gleichzeitige" Abrüstung aller Staaten sei ein demagogischer Trick. Hierher rechne auch ihr doppelbödiges Standpunkt hinsichtlich der Kernwaffen: Sie bauen ihr Kernwaffenpotential aus und vergrößern ihre Vorräte, wollen aber gleichzeitig eine horizontale Verbreitung von Atomwaffen in bisher kernwaffenfreien Ländern verhindern, ja versuchten sogar, kernwaffenfreien Staaten das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie streitig zu machen. Ein "horizontaler nuklearer Ausbau" könne aber nur dann verhindert werden, wenn gleichzeitig auch ein "vertikaler nuklearer Ausbau" der Supermächte unterbleibe.

- Abrüstung im Nuklearbereich

bedeutet grundsätzlich das "allseitige Verbot, und die vollständige Vernichtung der Kernwaffen". Vor allem die Supermächte müßten hier eine positive Sicherheitsgarantie abgeben.

Zumindest aber dürften sie sich einstweilen keinesfalls vor negativen Sicherheitsgarantien drücken, indem sie sich nämlich verpflichten, keine Kernwaffen gegen kernwaffenfreie Länder einzusetzen oder diese mit Kernwaffen zu bedrohen. Eine solche negative Sicherheitsgarantie habe China bereits einseitig abgegeben. Es werde - dies wird zum wiederholten Mal betont - zu keiner Zeit und zu keinen Umständen als erstes Land Kernwaffen anzuwenden und sie gegen kernwaffenfreie Länder bzw. atomwaffenfreie Zonen einzusetzen (25).

China schlage vor, bei der Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über Garantien für die Sicherheit derartige Verpflichtungen mit zu berücksichtigen.

- Kampf gegen das Atommonopol der Supermächte.

China trete zwar nicht für die Weitergabe von Kernwaffen ein, könne aber auch keine ersthaften Argumente gegen eine solche Weiterverbreitung finden, es sei denn gegenüber Rassisten und Expansionisten wie Südafrika und Israel. Um das Kernwaffenmonopol zu brechen, gebe es zwei Wege: nämlich entweder die nukleare Nachrüstung anderer Staaten oder aber die möglichst schnelle Abrüstung durch die Supermächte, die als erste mit dem Abbau zu beginnen hätten. Nachdem sie substantielle Fortschritte gemacht haben, sollten auch die anderen Nuklearländer in angemessenem Verhältnis ihre Kernwaffen reduzieren, bis am Ende alle Kernwaffen vernichtet sind.

Der SALT II Vertrag reduziere die strategischen Waffen nicht umfassend genug und habe vor allem keinen wesentlichen Einfluß auf die Waffenqualität.

- Zur Abrüstung gehöre ferner nicht nur die Einstellung der Atomwaffenproduktion, sondern darüberhinaus auch die Verhinderung von Nukleartests (26).

- China wendet sich auch gegen den wachsenden Waffenexport. Größte Waffenexporteure seien die Sowjetunion und die USA, die zusammen mehr als zwei Drittel des Weltwaffenhandels bestritten. Militärhilfe und Waffenverkäufe seien schon immer ein wichtiges Mittel der Großmächte zur Durchsetzung ihrer globalen Interessen gewesen. Moskaus Waffenexport, der Mitte der 50er Jahre begann, fließe vor allem in solche Länder und Regionen der Dritten Welt, die als Peilpunkte des sowjetischen Expansionismus gelten dürften, nämlich in die Staaten des Warschauer Pakts und in die Länder des "Neuen Halbmonds", der von Nordafrika über den Mittleren Osten bis Südasien verlaufe, sowie schließlich nach Vietnam und Kuba. Die sowjetischen Waffenexporte in die Länder der Dritten Welt hätten sich von 3,4 Mrd. US\$ im Jahre 1976 auf 8,4 Mrd. US\$ im Jahre 1979 belaufen, sich also in 4 Jahren um das 1,47fache erhöht.

Noch schlimmer allerdings gerieten sich die Amerikaner, deren Waffenexporte 1978 mit schätzungsweise 9,6 Mrd. US\$ nicht weniger als 48% des Weltwaffenhandels ausmachten. Daneben seien noch 22 weitere Länder in das lukrative Waffengeschäft eingestiegen, vor allem Frankreich, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik, aber auch neutrale Länder wie Schweden, Österreich, die Schweiz - gar nicht zu reden von Israel. Hauptmarkt seien auch für sie (die Bundesrepublik wird hier nicht ausgenommen) die Länder der Dritten Welt, deren Ausgaben rund 15% der weltweiten Gesamtaufwen-

dungen für den Waffenkauf ausmachten. Hauptkunden sind hier vor allem die ölproduzierenden Länder des Mittleren Ostens. Der Waffenhandel habe verheerende Konsequenzen:

1. werde hier Geld abgezweigt, das eigentlich der wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommen müßte,
2. fördere der Waffenhandel das Wettrüsten zwischen verschiedenen Nachbarländern und verschärfe die Instabilität dieser Regionen und
3. sei der Handel ein trojanisches Pferd für Interventionen der Supermächte in Länder der Dritten Welt (27).

"Entspannung" allein kann die Probleme nicht lösen, wie die Praxis der sowjetischen "Entspannungsstrategie" seit Anfang der 60er Jahre bewiesen habe. Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU von 1971 habe Breschnew ein "Friedensprogramm" verkündet, das jedoch, wie sich nachträglich zeigte, allein dem Ziel Moskaus gedient habe, Zeit zu gewinnen. Im Zeichen der "Entspannung" habe die Sowjetunion ihr Waffenarsenal ausgebaut, die Vietnamesen ermuntert, Truppen nach Kambodscha zu entsenden, selbst Divisionen nach Afghanistan entsandt, Polen mit Intervention bedroht und die Stabilität an Horn von Afrika sowie in der Karibik negativ beeinflusst. "Entspannung" hat sich m.a.W. als Rauchvorhang zur weiteren Aufrüstung erwiesen. China möchte gerne im Interesse seines wirtschaftlichen Aufbaus und seiner "vier Modernisierungen" eine friedliche Umgebung. Zu diesem Zweck brauche es jedoch eine wirkliche "Entspannung", nicht nur eine vordergründige. Erhaltung des Weltfriedens, Bekämpfung des Hegemonismus sind aus chinesischer Sicht untrennbar miteinander verbunden und zwei verschiedene Seiten der gleichen Münze.

Anmerkungen:

- 1) Näheres C.a., Mai 1974, S.233 ff.
- 2) Näheres in PRU 1974, Nr.15, S.8-13 und S.29-31.
- 3) C.a., Mai 1974, S.231.
- 4) Die Texte sind abgedruckt in C.a., Juni 1974, S.380-384.
- 5) PRU 1981, Nr.32, S.3.
- 6) XNA, 3.8.81.
- 7) PRU 1981, Nr. 35, S.12 ff.
- 8) XNA, 4.9.81.
- 9) Zum Thema wirtschaftliche Unabhängigkeit der Entwicklungsländer vgl. auch die Rede Zhao Ziyangs in XNA, 21.8.81.
- 10) BRU 1981, Nr.26, S.3.
- 11) XNA, 2.9.81.
- 12) XNA, 27.8.81.
- 13) BRU 1981, Nr.12, S.16.
- 14) XNA, 13. und 14.8.81.
- 15) BRU 1981, Nr.35, S.6.
- 16) XNA, 10.8.81.
- 17) XNA, 20.6.81.
- 18) XNA, 16.6.81.
- 19) Einzelheiten zu Chinas Haltung gegenüber den "Blockfreien" vgl. in C.a., Mai 1974, S.228 f.
- 20) Z.B. XNA, 1.9.81.
- 21) BRU 1981, Nr.8, S.11 f.
- 22) XNA, 1.9.81 und 20.8.79.
- 23) XNA, 2.8.79: unter Hinweis auf die damalige 6.Gipfelkonferenz in Havanna im September 1979.
- 24) Novosti in: dpa, Ost-Info, 14.8.79.
- 25) XNA, 5.8.81.
- 26) XNA, 31.7.81 und 13.2.81.
- 27) Radio Peking in: SWB, 5.8.81.